

**Rede
von Bundesminister a.D.
Dr. Thomas de Maizière, MdB**

**„Neue Ein- und Aussichten für unsere Gesellschaft –
damals wie heute“**

**Festveranstaltung
der CDU-Landesverbände
Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein,
Hamburg und Niedersachsen
anlässlich 30 Jahre Mauerfall**

**Samstag, 09.11.2019
Kloster Zarrentin**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Daniel Günther,

sehr geehrter Herr Minister,
lieber Bernd Althusmann,

sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender,
lieber Vincent Kokert,

sehr geehrte Frau Dr. Frieling,
lieber Rainer Prachtl,
sehr geehrte Frau Grunwald,

lieber Lorenz Caffier,
lieber Eckhardt Rehberg,

sehr geehrter Herr Landtagspräsident Schlie,
sehr geehrte Herren Staatssekretäre,

liebe Mitglieder der CDU-Landesverbände,
Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, heute hier zu sein. Dafür gibt es viele Gründe – mindestens aber drei, die mir auch persönlich wichtig sind:

- Erstens: Ich habe viele Jahre selbst in Mecklenburg-Vorpommern gelebt und gearbeitet. Ich war von 1990 bis 1998 hier Staatssekretär im Kultusministerium und Chef der Staatskanzlei – und das waren für mich sehr prägende Jahre. Und ich bin übrigens in Hannover eingeschult worden und später in Hamburg zur Schule gegangen.

- Zweitens: Ich freue mich, dass ich hier so viele bekannte Gesichter sehe, mit denen mich viele gemeinsame Erfahrungen – gerade aus den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung – verbinden. Das ist fast wie ein „Klassentreffen“.
- Und drittens und vor allem finde ich es schön, dass am historischen Datum des 9. November, genau 30 Jahre nach dem Mauerfall, sich vier CDU-Landesverbände aus Ost und West für so eine Veranstaltung zusammengetan haben. Das finde ich wirklich eine tolle Sache.

Eine Einschränkung möchte ich vorab machen: Ich finde den 9. November offen gesagt historisch und für unsere Geschichte oft nicht angemessen bewertet.

Natürlich ist der Tag der Maueröffnung der Tag der Herzen. Der Tag, an dem plötzlich das freie Reisen von Ost nach West und zurück wieder möglich wurde. Und natürlich ist es wichtig daran zu erinnern, dass es in dieser Nacht keinen gewaltsamen Sturm gegen die Schlagbäume und Grenzbeamten gab. Und dass es auch keinen polizeilichen oder gar militärischen Widerstand an den Grenzübergängen oder sonst in der DDR gab, auch nicht von Seiten der Sowjetunion

Aber: Eigentlich war der 9. November nur der Tag, an dem die DDR-Führung eine neue Reiseregulation beschlossen hat, die dann von Günther Schabowski etwas ungelenkt vorgestellt und etwas vorschnell ausgelegt wurde. Also letztlich nur ein Tag, wo dem Unrechtsstaat ein Versehen unterlaufen ist. Eigentlich gar nicht so bemerkenswert. Und schon gar nicht ein Tag der friedlichen Revolution.

Das wirklich Bemerkenswerte ist aus meiner Sicht eher das, was die Menschen in der DDR vor dem 9. November 1989 geleistet haben, und was dann auch erst zu den neuen Reiseregeln geführt hat:

- Die Versammlungen am 4. und 5. Oktober 1989 am Bahnhof in Plauen, wo die Züge mit den Botschaftsflüchtlern durchfuhren, und dann die Demonstration am 7. Oktober auf dem Plauener Theaterplatz, wo innerhalb kürzester Zeit tausende Menschen zusammenkamen.

- Oder das Friedensgebet und die Demonstration von 10.000 Menschen am 2. Oktober in Leipzig, wo das erste Mal der Spruch „Wir sind das Volk“ der Polizei entgegengerufen wurde.
- Oder der Protestzug von mehreren tausend Menschen vom Alexanderplatz zum Palast der Republik am 7. Oktober, wo gerade die Feier zum 40. Geburtstag der DDR stattfand.
- Vor allem die Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober, die letztlich die Machtfrage zulasten der DDR und zugunsten der Demokratie beantwortet hat.

Kurz gesagt:

Diese erste erfolgreiche friedliche Revolution in Deutschland für die Freiheit mit all diesen Daten ist das, was wir eigentlich feiern sollten. Denn das ist die eigentliche Errungenschaft und Leistung des Jahres 1989, und zwar der Deutschen in der DDR.

Die friedliche Revolution war eine Bewegung aus der Mitte des Volkes, geführt von einer kleinen Gruppe mutiger Bürgerrechtler, unterstützt und gedeckt von den Kirchen, die eine positive, wenn auch vage Vorstellung davon entwickelt und vertreten haben, in was für einer Gesellschaft sie leben wollte – mindestens aber, konkret und klar, was sie nicht mehr wollte: Unfreiheit, Bespitzelung und Diktatur.

Dieses Einstehen für eine bestimmte positive Idee, vielleicht eine Utopie von Gesellschaft ist genau das, was die Menschen vor 30 Jahren von vielen Protestierenden unterscheidet, die heute auf den Markt- und Theaterplätzen stehen und für sich in Anspruch nehmen, nunmehr das Volk zu sein.

Die stellen sich zwar selbst gerne in die Tradition der friedlichen Revolution. Aber das ist absurd und anmaßend. Sie haben nur eine negative Wahrnehmung von unserer demokratischen Gesellschaft, wollen irgendwie zurück in eine angeblich „heile Welt“. Und sie schüren Angst vor der Zukunft.

[Anrede],

wir leben in Deutschland im Moment ganz allgemein in einer Art „Dagegen-Stimmung“. Die einen warnen vor der Migrationskatastrophe, andere vor der Klimakatastrophe, Dritte vor Gesundheitsschäden durch 5G usw. usw.

Es ist halt leicht, gegen etwas zu sein und vor etwas zu warnen.

Was ich in unserer Gesellschaft im Moment hingegen vermisse, ist mehr Begeisterung für etwas, insbesondere für die Zukunft. Ich höre in der Politik zu oft nur Argumente gegen etwas, also was nicht gewollt ist oder was nicht geht.

Interessenverbände, Unternehmen und Bürger sind gegen dieses Gesetz oder gegen jene Verordnung, gegen diesen Vorschlag und jene Forderung. Und ich höre ständig Sorgen und Bedenken gegen die Zukunft, z.B. gegen die Digitalisierung, gegen die Globalisierung, gegen Kernkraft, gegen Braunkohle, gegen Windkraft und gegen Leitungen.

Verstehen Sie mich nicht falsch:

Natürlich sind kritische Meinungen richtig und wichtig. Und natürlich bringen Digitalisierung, Globalisierung, Klimaveränderungen und Migration auch Probleme mit sich, über die wir reden müssen.

Ich möchte aber, dass nach einem ersten Schritt, gern auch einer Kritik an der Vergangenheit oder Gegenwart, ein zweiter Schritt folgt. Nämlich ein konkreter Vorschlag für die Zukunft. Das ist ja genau das, was die Demonstranten in Plauen, Leipzig und anderswo vor 30 Jahren getan haben.

Und ich finde, an dieser Haltung könnten wir uns heute gern einmal ein Beispiel nehmen. Ich jedenfalls möchte das heute tun.

Und deshalb will ich jetzt gar nicht weiter über die Zeit 1989 und danach berichten, ich will jetzt nicht weiter der damaligen Leistungen beim Einigungsprozess – und auch der Aufbauleistungen danach – gedenken und erinnern.

Ich könnte darüber als Zeitzeuge den ganzen Tag mit heißem Herzen berichten. Und wir hören ja auch noch Zeitzeugen.

Ich möchte heute stattdessen darüber sprechen, was wir uns Positives für die Zukunft vornehmen können. Denn das kommt gerade in diesen Tagen vor lauter Erinnern und Gedenken, Würdigen und Mahnen aus meiner Sicht manchmal zu kurz. Indirekt werden Sie natürlich meine Bewertungen vergangener Entwicklungen heraushören.

Lassen Sie mich in diesem Sinne drei Wünsche äußern:

Mein **erster Wunsch** ist, dass wir unsere Ansprüche und Erwartungen an den Begriff der „Einheit“ deutlich herunterschrauben, und zwar im Osten wie im Westen.

Es gehört ja zum guten Ton, dass man heute sagt, das Unterscheiden zwischen Ost und West müsse doch mal vorbei sein. Die sogenannte „innere Einheit“ in den Köpfen müsse endlich vollendet werden, wird dann gesagt.

Ich halte das für falsch und kontraproduktiv.
Warum?

Ich weiß gar nicht so recht, was die „innere Einheit“ eigentlich sein soll. Für mich als Christ ist „innere Einheit“ eher ein Zustand der seelischen Ausgeglichenheit. „Mit sich im Reinen sein“ ist ein Ausdruck, der mir dabei einfällt.

Bezogen auf das Selbstverständnis unseres Landes und unserer Gesellschaft von „innerer Einheit“ zu sprechen, finde ich dagegen etwas romantisierend. Jedenfalls in einem Land wie Deutschland, das in seiner langen Geschichte immer durch Vielfalt und durch Unterschiedlichkeit gekennzeichnet war.

„Innere Einheit“, das kann doch nicht heißen, dass wir alle innerlich einer Meinung sein müssen. In unserer Nationalhymne ist ja auch nicht von Einheit die Rede, sondern von „Einigkeit“. Das ist etwas ganz anderes. Und das ist ein richtiges und realistisches Ziel: Einigkeit im Sinne von Zusammenhalt, nicht aber „innere Einheit“.

Und deshalb finde ich, dass das Verwenden der Kategorien „Ost“ und „West“ – auch 30 Jahre nach dem Mauerfall – nicht besonders schlimm ist.

Wir haben, was das angeht, ja ohnehin ein etwas eigenartiges Verständnis. Wenn jemand sagt, er ist Bayer, Hamburger oder Niedersachse, dann nimmt daran niemand Anstoß. Das gilt als völlig normal. Damit verbindet man dann im Kopf zwar vielleicht eine bestimmte Vorstellung, zum Beispiel von nordischer Gelassenheit und Trockenheit.

Aber es käme ja niemand auf die Idee, den Niedersachsen wegen des Unterscheidens zwischen Ostfriesen, Hannoveranern oder Braunschweigern vorzuwerfen, sie hätten die „innere Einheit“ Niedersachsens nicht vollendet.

Wenn heute aber von „Ost“ und „West“ gesprochen wird, dann kommt sofort die Vorhaltung, das müsse doch längst überwunden sein. Oder aber man müsse das betonen, weil endlich eine – wenn Sie so wollen – „innere Anerkennung“ der Ostdeutschen durch die Westdeutschen fällig sei. Ich sehe das, wie gesagt, anders.

Wir sind ein föderaler Staat mit einer föderalen Geschichte. Regionale Unterschiede in Identität und Mentalität, die sich aus unserer langen föderalen Geschichte längst vor 1945 ergeben haben, gelten als völlig normal. Und das ist auch gut so. Aber bei der Geschichte nach 1990 ist das aus irgendeinem Grund anders. Da wird immer gesagt, die unterschiedlichen Prägungen in Ost und West müssten endlich aufhören.

Ich finde es jedenfalls nicht besser oder schlechter, wenn jemand sagt, er ist Ostdeutscher oder Westdeutscher, als wenn er sagt, er ist Bayer oder Mecklenburger.

Ich bin viel in unserem Land herumgekommen. Ich bin im Westen aufgewachsen und dort mehrfach umgezogen, dort lebt die Hälfte meiner Familie. Meine Frau und ich und unsere Kinder sind mittlerweile im Osten heimisch geworden, wo die andere Hälfte meiner Familie wohnt. Erst in Schwerin, wo wir acht schöne Jahre verbracht haben, und mittlerweile in Dresden.

Und da ist es schon so, dass die Menschen ein Stück weit anders „ticken“ als in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. Ja, es gibt so etwas wie eine spezifisch „ostdeutsche“ Mentalität. Manche sagen sogar, sie sei erst nach 1990 entstanden.

Und damit meine ich jetzt nicht, dass die Ostdeutschen alle jammern, undankbar seien und zu viele AfD wählen.

Ich meine zum Beispiel eher, dass es in Ostdeutschland für manche Ideologie, für Übertreibungen, für manches Schicki-Micki-Gehabe, für manche Selbstdarstellung im Westen weniger Verständnis gibt. Ich finde, so etwas kann und muss man auch einfach mal pragmatisch und nüchtern zur Kenntnis nehmen, ohne gleich moralisierend aufzujammern.

Wie gesagt: Solche unterschiedlichen Mentalitäten, Verständnisse und Blickwinkel gibt es auch zwischen anderen regionalen Identitäten. Nur: Da stört es keinen.

Ich jedenfalls sehe keinen Grund, weshalb man sich nicht als Niedersachse oder Sachse, als Ostfriesen oder Elbländer, und auch als Ostdeutscher oder als Westdeutscher verstehen sollte.

Ich mache nur eine, allerdings sehr wichtige Einschränkung:

Dieses Selbstverständnis sollte heute positiv begründet sein, nicht negativ. Und vor allem nicht mit Überlegenheits- oder Unterlegenheitsgefühl.

Man sollte sich dabei aus der eigenen Herkunft und Haltung, aus eigenem positiven Selbstbewusstsein und nicht durch Abgrenzung oder Aggression gegen andere definieren. Und: Alle zusammen sind wir Deutsche – in „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Das ist zentral.

Wer sich durch Abgrenzung definiert, der tut das aus Verachtung und Widerstand, vielleicht auch aus Angst, Enttäuschung oder Unsicherheit. Der schließt sich selbst ein, andere aber bewusst aus und wertet sie ab. Wer sich positiv definiert, der tut das hingegen aus sich selbst heraus, der ist selbstbewusst und deshalb offen für andere, er akzeptiert andere Identitäten als gleichberechtigt und sieht sie nicht als Bedrohung des eigenen Selbstverständnisses.

An so einer positiv begründeten Identität auch als West- oder Ostdeutscher kann ich nichts Schlechtes finden.

Das war gerade in den späteren 90er Jahren noch anders. Da hat sich das spezielle Bewusstsein als Ostdeutscher oft aus Trotz und/oder Abwehr gespeist, aus einem Gefühl des Nicht-ernst-genommen-Werdens, des Ungerecht-behandelt-Werdens. Und umgekehrt haben viele Westdeutsche von „den Leistungsträgern im Westen“ und von „den Bedürftigen da drüben“ gesprochen. Auch das war ein Selbstverständnis aus Abgrenzung – oft auch aus gut gemeintem Paternalismus.

Dieses Denken sollten wir nach 30 Jahren wirklich mal ablegen.

Und deshalb finde ich es schade, dass viele im Moment gerade wieder in diese Muster zurückfallen. Es ist nämlich genau diese Form des Ausgrenzens und des Ausschließens, wenn man von den ostdeutschen Ländern als „Dunkeldeutschland“ spricht oder von Westdeutschen als den „naiven und ignoranten Besserwessis“. Die schlechte, frustrierte Stimmung, die wir gerade in den ostdeutschen Ländern zu oft erleben, ist aus meiner Sicht zum Teil eine Folge genau dieser gegenseitigen Abgrenzung.

Das, was viele im Westen im Moment vielleicht für typisch ostdeutsche Kleinbürgerlichkeit oder Schlimmeres halten, lässt sich ein Stück weit auch als eine Art Trotzreaktion auf eine als typisch westdeutsch wahrgenommene Überheblichkeit und Besserwisserei erklären. Der Mensch reagiert nun einmal empfindlich, wenn er sich bevormundet, geringgeschätzt oder zurückgesetzt fühlt. Das ist im gesellschaftlichen Zusammenleben nicht anders als im zwischenmenschlichen Verhältnis.

Viele Menschen in Ostdeutschland haben das Gefühl, dass es eine Art Selbstermächtigung westdeutscher Medien und Politiker gab und gibt, die Lage in Ostdeutschland ganz selbstverständlich von Frankfurt oder Bonn aus in aller Öffentlichkeit, gewissermaßen aus einer „übergeordneten“ Perspektive zu bewerten und Ratschläge zu erteilen: „Wir hier oben erklären jetzt mal Euch da unten, dass Ihr eben noch nicht so weit seid wie wir.“ – So eine Haltung meine ich mit Selbstermächtigung.

Und seien wir mal ehrlich:

Wie würden Sie reagieren, wenn ein Sachse vielleicht mal für einen Tag nach Hamburg reisen würde, um Ihnen dann im Brustton der Überzeugung haargenau zu erklären, was hier alles falsch läuft und wie es richtig gehen sollte?

Je überheblicher und negativer heute Westdeutsche über Ostdeutschland schreiben und reden, desto negativer und aggressiver wird dort auch die Stimmung. Dieses gegenseitige Mit-dem-Finger-auf-Andere-Zeigen sollten wir uns abgewöhnen, und zwar auf beiden Seiten.

Ich bin froh, dass ich heute gerade in den ostdeutschen Ländern eine Generation junger Menschen erlebe, die ganz selbstbewusst und positiv von sich als Ostdeutsche sprechen:

Weil sie stolz darauf sind, was ihre Familien nach der Wende durchgestanden haben, ohne aufzugeben, und trotz harter Einschnitte aufgebaut haben. Weil sie finden, dass die Dresdner Altstadt mit der Frauenkirche, die Kaiserbäder an der Ostsee, die Mecklenburger Seenplatte, das Erzgebirge oder Weimar oder Jena einzigartig und ein Stück eigener Geschichte sind. Weil sie sich im kleinen Dorf im Erzgebirge wohler fühlen als in Berlin oder Stuttgart. Weil das für sie „Heimat“ ist.

Und es gibt genauso junge Pfälzer, Westfalen, Holsteiner oder Hanseaten, die sich ganz selbstverständlich als Westdeutsche verorten. Weil sie stolz darauf sind, was ihre Eltern und Großeltern nach dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich und politisch geschaffen haben. Weil sie die Nordsee eben schöner finden als die Ostsee. Weil sie die Dynamik und Lebendigkeit von Städten wie Hamburg, Köln oder Frankfurt schätzen. Weil das eben für sie „Heimat“ ist.

Das alles ist für mich Ausdruck gesunden Selbstbewusstseins. So ein Selbstbewusstsein, so ein positives Selbstverständnis in allen Teilen unseres Landes, ob West oder Ost, Nord oder Süd, das wünsche ich mir. Ich wünsche mir dagegen nicht, dass wir uns alle eine einheitliche Identität, eine „innere Einheit“ zulegen sollen.

Das ist also der erste Punkt, wo ich zu mehr Zurückhaltung beim Ziel und Versprechen von „Einheit“ rate: Weg von dem Ziel der „Vollendung einer inneren Einheit“.

Das Gleiche betrifft die „Lebensverhältnisse“, wie wir in der Politik sagen. Also die „harten Fakten“ von Einkommen, Vermögen, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt, Wertschöpfung usw. Da sprechen viele seit 1990 und auch heute noch immer von der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ als dem Hauptziel.

In diesem Begriff der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ schwingt ja immer die Auffassung mit, es gäbe ein bestimmtes gleiches Niveau, das das Maß der Dinge sei, und daran hätte man sich überall zu orientieren und darauf hinzuarbeiten. Dann wäre aber das Ziel die Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse. Und auch das halte ich persönlich für falsch.

Gleich ist etwas ganz anderes als gleichwertig. Auch alle Menschen sind unterschiedlich, also nicht gleich, aber sie sind gleichwertig in ihrer Würde.

Natürlich gibt es Landstriche, wo wir bei Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Wirtschaftskraft nicht dort sind, wo wir gern wären. Aber wir sollten im Ziel all dieser Bemühungen etwas bescheidener und zurückhaltender werden. Wir werden in unserem Land niemals gleiche Lebensstandards schaffen können. Das war historisch auch nie anders. Das klingt vielleicht frustrierend, ist aus meiner Sicht aber einfach nur ehrlich.

Unser Land und seine Regionen sind nun einmal genauso vielfältig wie die Menschen mit ihren Identitäten und Mentalitäten. Und genauso vielfältig sind dann eben auch die Lebensverhältnisse. Sie müssen nur gleichwertig sein.

Arbeitsplätze sind bei gleicher Qualifikation und gleichen Anforderungen im Durchschnitt im Westen besser bezahlt als im Durchschnitt im Osten. Die Produktivität in Nürnberg ist höher als in Bitterfeld. Und die Verkehrsverbindungen im Ruhrgebiet sind enger als im Spreewald. Das ist so. Und das muss nicht so bleiben.

Aber Arbeitsplätze sind bei gleicher Qualifikation und gleichen Anforderungen eben auch zwischen Leipzig und Schwerin unterschiedlich bezahlt, oder zwischen München und Hof. Es gibt keinen „Westlohn“, es gibt nur einen statistischen Durchschnitt. Die Produktivität von Stuttgart ist auch höher als die von Oldenburg, die der Region Oberhavel höher als im Harz. Und die Qualität der Verkehrsverbindungen im Rhein-Man-Gebiet und in Schleswig-Holstein ist auch nicht die gleiche. Auch das ist so.

Damit will ich sagen, dass die Lebensverhältnisse zwischen Ost und West tatsächlich unterschiedlich sind. Auch wenn der Unterschied manchmal gar nicht so groß ist, wie man vielleicht glaubt, gerade wenn man sich in Europa und der Welt umschaut.

Bei der Kaufkraft zum Beispiel liegen Ost und West recht nahe beieinander. Und der Unterschied bei der Kaufkraft ist zwischen Stadt und Land in Deutschland größer als zwischen Ost und West. Bei der Produktivität pro Kopf hinkt der Osten dem Westen zwar real um einiges hinterher, aber sie hat sich zwischen 1991 und 2018 mehr als verdreifacht. In Westdeutschland ist sie nur um 67 % gestiegen.

Wenn man diese ganzen Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland auch einmal zwischen Nord- und Süddeutschland machen würde, zwischen Stadt und Land, innerhalb von NRW oder Bayern, dann kämen vermutlich ähnliche Ergebnisse heraus. Das zeigt, dass Unterschiede immer auch eine Frage der Unterscheidung sind.

Überall müssen Lücken im Straßen- und Eisenbahnnetz geschlossen werden. Überall müssen weiße Flecken beim Breitbandausbau beseitigt werden. Und überall muss es Perspektiven für gute Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und gesundheitliche Versorgung geben. Das ist eine gesamtdeutsche Herausforderung, für die wir auch eine gesamtdeutsche Vorstellung und Strategie brauchen. Und um diese wichtige Aufgabe muss sich dann auch der Staat als Ganzes kümmern.

Trotz aller Bemühungen und aller Anstrengungen werden die Lebens- und Rahmenbedingungen in unserem Land aber dennoch niemals gleich oder einheitlich sein.

Aber damit ich nicht falsch verstanden werde:

Natürlich gibt es einen Finanzbedarf der ostdeutschen Länder und Kommunen. Insbesondere wegen der niedrigen Steuerkraft. Deshalb der neue Bund-Länder-Finanzausgleich. Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe oft Interessen Ostdeutschlands hart verhandelt.

Und das heißt nicht, dass sich etwa die Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung nicht genügend angestrengt oder dass die Strukturhilfen aus dem Westen vergebens gewesen wären. Ganz im Gegenteil: Im Schnitt arbeiten Beschäftigte in Ostdeutschland länger als in Westdeutschland. Und mithilfe der Westdeutschen haben die Ostdeutschen in den vergangenen 30 Jahren viel geschaffen und viel erreicht.

Wenn man heute durch die Innenstädte und über die Marktplätze in Ostdeutschland läuft, dann ist da sehr viel passiert. Deshalb halte ich übrigens auch den Begriff „Aufbau Ost“ heutzutage für nicht mehr angemessen. Der Osten liegt ja nicht mehr in Trümmern, die wegzuräumen wären. Was wir nach wie vor brauchen, ist eine Unterstützung des anhaltenden und noch nicht abgeschlossenen oder in einigen Regionen neu beginnenden Strukturwandels im Osten und anderswo auch im Westen Deutschlands.

Eine Akzeptanz, dass eben nicht alles „angeglichen“ werden muss, dass unterschiedliche Voraussetzungen nun einmal zu unterschiedlichen Rahmenbedingungen führen – und zwar unabhängig von der Himmelsrichtung –, das wünsche ich mir für die aktuellen Diskussionen um den „Stand der Einheit“.

Ich glaube übrigens, dass mancher Frust, mancher Unmut und manches Gefühl der Benachteiligung gerade in Ostdeutschland daher rührt, dass wir in den vergangenen 30 Jahren entweder nicht offen und ehrlich damit umgegangen sind. Oder mit Zielen wie „innere Einheit“ und „Angleichung der Lebensverhältnisse“ Ziele gesetzt haben, die nicht erreichbar, vielleicht nicht einmal wünschbar sind.

Wir haben den Menschen immer und immer wieder erzählt, dass die Unterschiede, die sich aus der Teilung ergeben haben, beseitigt werden müssen.

Solche großen Begriffe haben zu großen und unerfüllbaren Erwartungen geführt. Und diese Erwartungen sind enttäuscht worden. Ich würde rückblickend sagen: Sie mussten zwangsläufig enttäuscht werden. Und je größer die Erwartungen waren, desto größer waren und sind dann auch die Enttäuschungen. Und desto größer der Frust und der Unmut. Auch deshalb rate ich sehr dazu, künftig mit dem Versprechen von „Einheit“ vorsichtiger und zurückhaltender umzugehen und unsere eigenen Ansprüche herunterzuschrauben.

Also weniger Sehnsucht nach innerer Einheit, nach Angleichung, nach Einheitlichkeit, sowohl bei den Mentalitäten als auch bei den Lebensumständen. Dafür mehr Einigkeit und Zusammenhalt bei voller Bejahung und Akzeptanz von Unterschieden.

Mein **zweiter Wunsch** nach 30 Jahren Friedlicher Revolution und dann Deutscher Einheit ist, dass wir aufhören, Phantomdebatten zu führen. Also Debatten, bei denen es eigentlich um andere Dinge geht als die, die wir tatsächlich diskutieren.

Diese Phantomdebatten haben viel mit den überhöhten Ansprüchen und Erwartungen an den Begriff der „Einheit“ zu tun, über die ich gerade gesprochen habe.

Sie betreffen – und wieder hören Sie das Wort „Angleichung“ –:

- die Angleichung von Löhnen, Gehältern und Arbeitsbedingungen,
- die Angleichung der Renten,
- die Angleichung des Arbeitslosengeldes,
- ja auch die Angleichung der Standorte von Bundesbehörden,
- und vieles mehr.

Ich behaupte, dass es bei all diesen Punkten im Grunde gar nicht um die konkrete Höhe der Leistungen und die Anzahl der Euros geht, die Ostdeutsche dann mehr bekommen würden. Und bei der so genannten Rentenangleichung geht es gar nicht um die Höhe der Renten, wie viele glauben. Die reinen Zahlbeträge der Regelaltersrenten im Osten sind im Durchschnitt nämlich oft sogar höher als im Westen. Hier geht es um die Wertigkeit der Rentenpunkte.

Ich glaube vielmehr, dass es bei alledem eher um das Gefühl geht, als Ostdeutscher nicht Bürger 2. Klasse zu sein, sondern auf einer Stufe mit den Westdeutschen zu stehen. Und es geht darum, dass die eigene Biografie und Lebensleistung als genauso wertvoll anerkannt und gewürdigt wird wie bei Westdeutschen.

Anders gesagt:

Es geht aus meiner Sicht gar nicht so sehr um Geld, es geht eigentlich um Wertschätzung. Die Lohn- oder Rentenhöhe ist dafür nur das Symptom. Das meine ich mit Phantomdebatten.

Wir alle, die wir damals 1990 bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag beteiligt waren, haben die psychologischen Auswirkungen und Folgen unserer Entscheidungen bei manchen Themen zuvor gesehen, aber im Ergebnis doch wohl unterschätzt.

Wir haben hart gerechnet, gegenübergestellt, gewichtet und abgewogen. Wir haben immer darauf geachtet, dass sich unsere Entscheidungen auch gegenüber der Öffentlichkeit argumentativ gut erklären und begründen lassen. Aber wir haben zu wenig danach gefragt, welche Gefühle und Stimmungen diese Argumente und Entscheidungen auslösen könnten.

Ich nenne Ihnen ein paar Begriffe aus dieser Zeit: „Warteschleife“, „Anerkennung von Bildungsabschlüssen“, „24h-Beschäftigung“, ABM usw. Das war rückblickend betrachtet ein Fehler. Und aus diesem Grund will ich jetzt und hier eben nicht eine neue Phantomdebatte über die so genannte Renten- oder Lohnangleichung führen.

[Anrede],

Ich will etwas zur Wertschätzung sagen – von West nach Ost, aber auch von Ost nach West.

Wenn wir heute über Wertschätzung im Ost-West-Verhältnis reden – und das tun dieser Tage ja einige – dann bezieht sich das meist auf die Forderung, die Leistungen der Ostdeutschen nach der Wende müssten mehr gewürdigt werden.

Und damit ist dann einerseits der Umbruch in der eigenen Lebenssituation, in der Familie und im Beruf gemeint, und andererseits der Umgang mit komplett neuen politischen, wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Verhältnissen. Das war für die meisten DDR-Bürger damals ja nicht nur ein „Umorganisieren“ des Alltags in freudiger Erwartung auf Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Das war ein harter Bruch mit allem, was sie bis dahin kannten.

Ich habe kürzlich etwas flapsig gesagt: Für die Westdeutschen hat sich überwiegend nur die Postleitzahl geändert. Sonst eigentlich nichts. Für die Ostdeutschen hingegen wurde damals ihr gesamtes Leben und die ganze Welt, in der sich ihr Leben abspielte, auf den Kopf gestellt. Und ich finde, darauf kann und sollte man gerade auch nach 30 Jahren hinweisen – nicht um Mitleid zu erregen, sondern um stolz darauf zu sein.

Und um für Verständnis dafür zu werben, dass die Wiedervereinigung für die meisten Ostdeutschen eine Zeit großer persönlicher Herausforderungen und Belastungen war, die natürlich auch emotional geprägt hat.

Und Verständnis dafür, dass sie deshalb heute neuen großen und erneut umwälzenden Entwicklungen wie der Globalisierung oder der Digitalisierung mit einer gewissen Zurückhaltung und Skepsis gegenüberstehen. Es gibt da eine verständliche Veränderungsmüdigkeit. Und es fehlt manchmal auch an einer Art Selbst-Anerkennung, wie Ilko-Sascha Kowalczyk in seinem neuen Buch das nennt.

Daneben glaube ich aber, dass es bei der Forderung nach Wertschätzung auch um den Respekt für die Leistungen vor der Wiedervereinigung gehen muss. Und auch das ist aus meiner Sicht in erster Linie eine eher psychologische denn faktische Frage.

Mit der Wiedervereinigung mussten die Ostdeutschen – natürlich auch auf eigenen Druck, auf eigenen Wunsch und aus eigenem Willen – einen Schlussstrich unter ihrem bisherigen Leben ziehen. Damit war immer die latente Unterstellung oder jedenfalls Mutmaßung verbunden, dass alles, was sie sich bis dahin persönlich, aber auch gesellschaftlich aufgebaut hatten, nicht gut genug, nicht ausreichend oder verdächtig war. Und das schmerzt natürlich.

Denn schließlich mussten ja nicht nur die Westdeutschen nach dem zweiten Weltkrieg zerstörte Städte und eine brachliegende Wirtschaft wieder aufbauen. Und es mussten nicht nur die Westdeutschen mit Toten und Verwundeten in der eigenen Familie umgehen. Das alles mussten nach 1945 auch die Ostdeutschen in der DDR.

Und viele Ostdeutsche haben heute das Gefühl, dass das bei der Beurteilung der DDR und ihres Lebens in diesem Staat oft vergessen wird. Auch das Leben in einer Diktatur und einem Unrechtsstaat ermöglichte persönliche Erfolge und Stolz auf die eigene Leistung.

Wenn heute aus Anlass des 70. Geburtstages des Grundgesetzes über die ersten Jahre der Bundesrepublik gesprochen wird, dann meist mit drei Botschaften:

- dem Neuaufbau eines vorbildlichen demokratischen Gemeinwesens,
- der überraschend schnellen Wiedererlangung wirtschaftlicher Stärke und Leistungsfähigkeit,
- und der Aussöhnung und der Begründung einer unverbrüchlichen Partnerschaft mit dem Westen.

Also drei positive Botschaften, die vor allem auch den Bundesbürgern mit angerechnet werden und auf die man stolz sein kann.

Wenn heute hingegen an die ersten Jahre der DDR erinnert wird, dann fallen Stichworte wie:

- Zwangskollektivierung,
- Planwirtschaft,
- Sozialistische Einheitspartei,
- Demontage,
- 17. Juni,
- usw.

All das stimmt. Aber all das sind Stichworte, die einen negativen Klang haben und das Bild ohnmächtiger Bürger zeichnen, die alles haben über sich ergehen lassen oder lassen müssen oder die mitgemacht haben.

Jetzt kann man sich natürlich hinstellen und sagen: So war es nun einmal.
Auch das stimmt.

Aber man muss schon einrechnen, dass dieses Bild, das damit über viele Menschen in Ostdeutschland gezeichnet wird, die nach dem Kriegsende genauso schwer zu kämpfen hatten wie die Westdeutschen und sich genau wie sie auch durchgekämpft haben, eben etwas auslöst.

Und das ist der Eindruck, dass man allein wegen des Umstands, dass man halt in der DDR lebte – und die Menschen sind ja bei der Teilung nicht gefragt worden –, von Anfang an in Mithaftung genommen wird für alles Schlechte in der DDR.

Deswegen glaube ich, dass wir heute ausgewogener und unvoreingenommener über die persönliche Situation und Leistung der Bevölkerung in der DDR sprechen müssen. Und auch diese Forderung richte ich an beide Seiten, an Ost- wie Westdeutsche gleichermaßen.

Denn umgekehrt ist es natürlich auch nicht beruhigend, dass 40 Prozent der Ostdeutschen heute noch unentschieden sind, ob die DDR ein Rechtsstaat war oder nicht, und nur 50 Prozent das mit einem klaren „Nein“ beantworten.

Viele werden jetzt sagen: Klar, mangelnde politische Bildung. Zu wenig Aufklärung nach der Wiedervereinigung. – Mir ist das zu einfach. Ich glaube, solche Umfragen kommen zustande, weil es eben auch den Ostdeutschen selbst schwer fällt, gedanklich zwischen dem eigenen Leben und dem Staat zu trennen.

Zu den Phantomdebatten gehört aber noch etwas anderes, was ich nicht verschweigen möchte: Nämlich das heutige Gerede von den „Jammer-Ossis“, also den Ostdeutschen, die sehr hohe Ansprüche haben, aber wenig Einsatz zeigen, die mit jedem Fortschritt unzufrieden sind und nicht genug bekommen können.

Dazu ein kleiner Hinweis: Eine Umfrage aus dem April hat ergeben, dass rund 73 % der Ostdeutschen der Meinung sind, dass die Wiedervereinigung mehr Vor- als Nachteile gebracht hat. Unter den Westdeutschen sehen das nur 63 % nur so. Ich glaube, dass das im Kern auch etwas mit Wertschätzung zu tun hat – diesmal aber umgekehrt, um Wertschätzung gegenüber den Westdeutschen.

Denn man kann nun einmal nicht in Abrede stellen, dass vieles, was in den letzten 30 Jahren in den östlichen Bundesländern entstanden ist, ohne die tätige Unterstützung, Finanzierung und Mithilfe aus dem Westen nicht möglich gewesen wäre.

Das erste und stärkste Argument sind da immer der Soli und die Strukturhilfen, die über den Länderfinanzausgleich vom Westen in den Osten geflossen sind. Klar: Ohne die Städtebauförderung würden die ostdeutschen Innenstädte und Marktplätze heute nicht so schön aussehen. Und ohne die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit wäre die Verkehrsinfrastruktur im Osten bei Weitem nicht so leistungsfähig. Das ist alles wahr.

Mindestens genauso wichtig war aber die persönliche Hilfestellung, die viele Westdeutsche gegeben haben: Erst während der Teilung mit den sogenannten „Westpaketen“. Und dann nach der Teilung mit der Unterstützung in der Familie oder sogar mit dem Umzug in die neuen Länder, um dort bei der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuausrichtung mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen zu helfen.

Und daran zu erinnern, ist für mich genauso wichtig wie der Hinweis auf den Soli und Strukturhilfen. Denn auch hier geht es eben nicht nur um Geld.

Auch hier geht es um viele Menschen, die in Anbetracht der gewaltigen Aufgaben, die mit der Wiedervereinigung verbunden waren, ihre Heimat verlassen und in bis dahin unbekannte Regionen gewandert sind, um dort Hilfe zu leisten. Sicher, da waren auch viele Glücksritter und Halodris dabei. Aber eben auch viele andere.

Auch über die Wertschätzung dafür sollten wir heute offen und direkt sprechen.

Der wechselseitige Respekt und die wechselseitige Wertschätzung, wofür der Bundespräsident kürzlich den wunderbaren Begriff des „Solidarpakts der Wertschätzung“ gefunden hat, das ist es, was wir brauchen.

Mein **dritter, kurzer und letzter Wunsch** ist eigentlich der wichtigste – deshalb kommt er auch ganz zum Schluss: Ich wünsche mir schlicht und einfach etwas mehr Fröhlichkeit und Zuversicht, wenn wir heute auf die friedliche Revolution, auf den Mauerfall und auf die Wiedervereinigung zurück- und in die Zukunft vorausblicken.

Wir Deutsche sind Weltmeister im Erinnern. Wir betrachten alle Facetten unserer Geschichte sehr detailliert von allen Seiten, wir analysieren ganz genau die Ursachen, Hintergründe und Anlässe, und wir arbeiten die Folgen und Konsequenzen bis ins Kleinste auf. Und das alles tun wir meistens mit dem erhobenen Zeigefinger, ernst und tragend. Und wir weisen auf Fehler hin.

Daran ist auch nichts verkehrt. Aber selbst die schönsten Momente unserer Geschichte bekommen dadurch mitunter den Anschein, als seien sie Sachbeispiele aus einem Lehrbuch für Mathematiker. Natürlich gehört das zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Geschichte dazu. Und das zeichnet uns auch gegenüber vielen anderen Staaten aus, dass wir nicht mit verklärtem und romantisierendem Blick auf unsere Geschichte schauen, sondern sie sehr tiefsinnig ergründen, mit all den Abgründen, um daraus zu lernen.

Ich finde natürlich, dass wir offen mit Licht und Schatten umgehen müssen. Bei der Wiedervereinigung und den Jahren danach gab es sehr viel Licht – aber auch Schatten. Nichts davon soll verschwiegen oder versteckt, nichts verharmlost oder schöngeredet werden. Das ist nicht der Punkt.

Mir geht es darum, dass wir etwas unverkrampfter, entspannter und fröhlicher mit der jüngeren Entwicklung unseres Landes umgehen: Also Negatives klar benennen, auch analysieren und unsere Schlussfolgerungen daraus ziehen, aber auch Positives als solches herausstellen und uns darüber freuen, Stolz dafür empfinden.

Und das wünsche ich mir eben gerade für den Mauerfall und die Wiedervereinigung: Dass wir diese Zeit damals nicht nur mit dem aufrichtigen sachlichen Interesse von Forschern unter die Lupe nehmen, sondern uns auch mal mit der begeisterten Hingabe von Zeitzeugen darüber freuen, was wir damals erlebt und seitdem erreicht haben.

Am 9. November vor 30 Jahren haben sich wildfremde Menschen in den Armen gelegen und geweint, am 9. November vor 30 Jahren hat der Deutsche Bundestag spontan die Nationalhymne angestimmt, und am 9. November vor 30 Jahren haben die Leute auf der Berliner Mauer getanzt. Und am 3. Oktober 1990 haben wir zum ersten Mal seit Jahrhunderten die deutsche Einheit in Freiheit und in Einvernehmen mit allen unseren Nachbarn erreicht.

Wenn wir heute darüber reden, dann klingt das manchmal etwas trocken und angestaubt.

Wenn wir stattdessen heute etwas von der Fröhlichkeit, von der Freude, von dem Wunder und von dem Glück wiederfinden würden, die wir damals empfunden haben, dann würde aus dem 9. November 1989 und aus dem 3. Oktober 1990 ein sprichwörtlicher Feier-Tag.

Und das wünsche ich mir und uns allen heute.